

**Satzung
der Jagdgenossenschaft des Stadtkreises Speyer
vom 30.03.2012**

Aufgrund des § 11 Abs. 2 des Landesjagdgesetzes vom 09.07.2010, dem § 3 der Landesverordnung zur Durchführung des Landesjagdgesetzes vom 25.02.1981, der Landesjagdverordnung vom 01.02.2011 sowie aller weiteren Nebenbestimmungen in der jeweils gültigen Fassung hat die Jagdgenossenschaft des Stadtkreises Speyer in ihrer Genossenschaftsversammlung am 28.02.2012 folgende Satzung beschlossen, die nach Genehmigung durch die Stadtverwaltung Speyer als Untere Jagdbehörde vom 21.03.2012 hiermit bekanntgemacht wird.

**§ 1
Name, Sitz und Aufsichtsbehörde**

- 1) Die Genossenschaft führt den Namen „Jagdgenossenschaft des Stadtkreises Speyer“. Sie hat ihren Sitz in Speyer und ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
- 2) Aufsichtsbehörde ist die Stadtverwaltung Speyer (nach § 11 Abs. 2 Satz 3 des Landesjagdgesetzes -LJG-).

**§ 2
Mitgliedschaft**

- 1) Der Jagdgenossenschaft gehören alle Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer des gemeinschaftlichen Jagdbezirks des Stadtkreises Speyer nach Maßgabe des Grundflächenverzeichnisses an (Mitglieder).
Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken, auf denen die Jagd ruht, sind insoweit nicht Mitglieder der Jagdgenossenschaft.
- 2) Die Mitglieder haben vor erstmaliger Ausübung ihrer Mitgliedschaftsrechte dem Jagdvorsteher alle zur Anlegung des Grundflächenverzeichnisses erforderlichen Unterlagen (z.B. Grundbuchauszüge, Urkundenabschriften) unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.
Änderungen der Eigentumsverhältnisse sind unverzüglich anzuzeigen. Die Mitgliedschaft zur Jagdgenossenschaft endet mit dem Verlust des Grundeigentums.

**§ 3
Aufgaben**

- 1) Die Jagdgenossenschaft hat die Aufgabe, das Jagdrecht im Interesse ihrer Mitglieder wahrzunehmen sowie für den Ersatz des den Mitgliedern entstehenden Wildschadens zu sorgen.
- 2) Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben von den Mitgliedern Umlagen nach dem Verhältnis der Flächengröße der bejagbaren Grundstücke erheben.

**§ 4
Organe**

Organe der Jagdgenossenschaft sind:

1. die Genossenschaftsversammlung,
2. der Jagdvorstand.

§ 5 Genossenschaftsversammlung

- 1) Die Genossenschaftsversammlung ist die Versammlung der anwesenden und der vertretenen Mitglieder.
Vertretungen nach § 7 sind zu Beginn der Genossenschaftsversammlung durch Vorlage der Vollmachten nachzuweisen.
- 2) In der Regel soll einmal jährlich eine Genossenschaftsversammlung stattfinden. Außerordentliche Genossenschaftsversammlungen sind vom Jagdvorstand einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Fünftel der Mitglieder oder mindestens einem Fünftel der vertretenen Grundfläche unter Angabe der Gründe schriftlich verlangt wird. Alle Genossenschaftsversammlungen sind unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen durch ortsübliche Bekanntmachung einzuberufen. Beschlüsse über Gegenstände des § 6 dürfen unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ nicht gefasst werden.
- 3) Die Genossenschaftsversammlung ist öffentlich, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt oder die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung der Natur des Beratungsgegenstandes nach erforderlich ist. Vertretern der Jagdbehörden ist die Anwesenheit jederzeit gestattet.
- 4) Die Genossenschaftsversammlung kann beschließen:
 1. bei Dringlichkeit auch über Gegenstände, die nicht in die Tagesordnung aufgenommen waren, zu beraten und zu entscheiden, mit Ausnahme der Gegenstände nach § 6 dieser Satzung,
 2. einzelne Beratungsgegenstände von der Tagesordnung abzusetzen.
- 5) Über den wesentlichen Verlauf einer Genossenschaftsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die mindestens zu enthalten hat:
 1. die Anzahl der anwesenden und vertretenen Mitglieder,
 2. die Angabe der von den anwesenden und vertretenen Mitgliedern in die Genossenschaftsversammlung eingebrachten und nachgewiesenen Grundfläche
 3. die von der Genossenschaftsversammlung gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis.
- 6) Die unterzeichnete Niederschrift ist zwei Wochen lang zur Einsichtnahme durch die Mitglieder im Geschäftszimmer des Jagdvorstehers auszulegen. Zeit und Ort der Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.

§ 6 Aufgaben der Genossenschaftsversammlung

Die Genossenschaftsversammlung beschließt über:

1. die Art der Nutzung des Jagdbezirks sowie die Verwendung des Reinertrages der Jagdnutzung, sofern diese Aufgaben nicht dem Jagdvorstand übertragen sind oder ihm obliegen,
2. die Erhebung und Verwendung von Umlagen,
3. die Wahl des Jagdvorstandes,
4. die Entlastung des Jagdvorstandes,
5. die Genehmigung des Haushaltsplanes und der Jahresrechnung,
6. die Teilung oder Teilverpachtung des Jagdbezirkes
7. die Zuschlagserteilung bei Verpachtung, soweit sie nicht auf den Jagdvorstand übertragen ist,
8. den Erlass und die Änderung der Satzung,

9. die Übertragung der Verwaltung der Angelegenheiten der Jagdgenossenschaft auf die Gemeinde nach § 11 Abs. 7 LJG

§ 7

Vertretung eines Mitglieds in der Genossenschaftsversammlung

Jedes Mitglied kann sich durch die Ehegattin oder den Ehegatten oder die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner, durch eine Verwandte oder einen Verwandten gerader Linie, durch eine ständig von dem Mitglied beschäftigte Person, durch ein derselben Jagdgenossenschaft angehöriges volljähriges Mitglied oder durch eine die Grundfläche land-, forst- oder fischereiwirtschaftlich bewirtschaftende Person aufgrund schriftlicher Vollmacht vertreten lassen; mehr als drei Vollmachten darf keine Person in sich vereinigen.

§ 8

Beschlussfassung und Stimmrecht

- 1) Für das Zustandekommen eines Beschlusses gilt § 11 Abs. 4 LJG.
- 2) Bei Grundstücken, die im Miteigentum oder Gesamthandeigentum mehrerer Personen stehen, kann das Stimmrecht nur einheitlich ausgeübt werden.
- 3) Bei der Beschlussfassung wird offen abgestimmt, es sei denn, die Genossenschaftsversammlung beschließt im Einzelfall, eine geheime Abstimmung mithilfe von Stimmzetteln vorzunehmen. Bei der Abstimmung mithilfe von Stimmzetteln gelten unbeschrieben abgegebene Stimmzettel als Stimmenthaltungen. Stimmenthaltungen zählen bei der Feststellung der Stimmenmehrheit mit. Stimmzettel, aus dessen der Wille der oder des Abstimmenden nicht unzweifelhaft erkennbar ist, und Stimmzettel, die einen Zusatz, eine Verwahrung oder einen Vorbehalt enthalten, sind ungültig. Bei der Abstimmung mithilfe von Stimmzetteln erhält jedes Mitglied einen Stimmzettel, auf dem die Anzahl der vertretenen Mitglieder sowie die eigene und die Flächengröße der Vertretenen vermerkt sind. Die Stimmzettel werden durch zwei zur Geheimhaltung verpflichtete Mitglieder ausgezählt und anschließend versiegelt.

§ 9

Jagdvorstand

- 1) Der Jagdvorstand besteht aus der Jagdvorsteherin oder dem Jagdvorsteher und zwei beisitzenden Mitgliedern, von denen eines als ständige Vertretung der Jagdvorsteherin oder des Jagdvorstehers und das andere als Kassenverwalterin oder Kassenverwalter zu wählen ist. Bei Verhinderung der Jagdvorsteherin oder des Jagdvorstehers nimmt die ständige Vertretung dieses Amt wahr. Für die beisitzenden Mitglieder sind stellvertretende Mitglieder zu wählen.
- 2) Scheidet ein Mitglied des Jagdvorstandes vorzeitig z.B. durch Tod, Rücktritt oder Verlust der Wählbarkeit aus, so ist für den Rest der Amtszeit innerhalb angemessener Frist, spätestens in der nächsten Genossenschaftsversammlung, eine Ersatzwahl vorzunehmen. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn ein anderer Funktionsträger vorzeitig ausscheidet.
- 3) Wählbar ist jede Jagdgenossin oder jeder Jagdgenosse sowie bei juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts deren Vertreterin oder Vertreter, soweit sie volljährig sind und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, die Wählbarkeit und das Stimmrecht im Sinne des § 45 Abs. 1 des Strafgesetzbuches besitzen.

§ 10 Amtszeit

Die Amtszeit des Jagdvorstandes beträgt fünf Jahre; sie beginnt an dem auf die Wahl folgenden 1. April. Bis zum Beginn der Amtszeit eines neuen Jagdvorstandes nimmt der bisherige Jagdvorstand die Aufgaben nach § 13 wahr.

§ 11 Sitzungen des Jagdvorstandes

- 1) Die Sitzungen des Jagdvorstandes sind von der Jagdvorsteherin oder dem Jagdvorsteher unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen. Eine Einberufung kann auch von einem der beisitzenden Mitglieder verlangt werden.
- 2) Über die gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen, die von der Jagdvorsteherin oder dem Jagdvorsteher zu unterzeichnen ist.

§ 12 Beschlussfassung des Jagdvorstandes

Der Jagdvorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit.

§ 13 Aufgaben des Jagdvorstandes

- 1) Der Jagdvorstand vertritt die Jagdgenossenschaft gerichtlich und außergerichtlich. Er ist an die rechtmäßigen Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung gebunden.
- 2) Der Jagdvorstand hat insbesondere
 1. die Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung vorzubereiten und auszuführen,
 2. das Grundflächenverzeichnis anzulegen und zu führen,
 3. die Neuwahl des Jagdvorstandes vorzubereiten
 4. die Jagdverpachtung entsprechend dem Beschluss der Genossenschaftsversammlung durchzuführen; ist der Gemeinde die Befugnis zur Verpachtung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks übertragen, so hat der Jagdvorstand über die Erteilung des Einvernehmens zu entscheiden.
 5. den Haushaltsplan und die Jahresrechnung aufzustellen und vorzulegen
 6. den Verteilungsplan über den jährlichen Reinertrag der Jagdnutzung für die Mitglieder aufzustellen, die nicht auf die Auszahlung ihres Anteils am Reinertrag verzichtet haben; ist der Gemeinde die Befugnis zur Verwendung des Reinertrages übertragen, so entscheidet der Jagdvorstand über die Erteilung des Einvernehmens,
 7. die Abschussvereinbarungen bzw. Abschusszielsetzungen nach § 31 Abs. 2 LJG zu schließen bzw. zu fassen und für die Erfüllung Sorge zu tragen,
 8. im Vorfeld einer Abschussvereinbarung bzw. Abschussfestsetzung eine Begehung des Jagdbezirkes nach § 8 Abs. 1 der Landesjagdverordnung (LJVO) durchzuführen,
 9. das Stimmverhalten bei der Wahl der Kreisjagdmeisterin oder des Kreisjagdmeisters zu bestimmen.

§ 14 Aufgaben der Jagdvorsteherin oder des Jagdvorstehers

Die Jagdvorsteherin oder der Jagdvorsteher hat

1. die Genossenschaftsversammlung einzuberufen, zu eröffnen, zu leiten und zu schließen sowie das Ordnungs- und Hausrecht auszuüben,

2. Bekanntmachungen vorzunehmen; die Bekanntmachung der genehmigten, angezeigten oder geänderten Satzung ist öffentlich auszulegen; dabei sind die Genehmigung oder die Anzeige sowie Ort und Zeit der Auslegung ortsüblich bekannt zu machen,
3. die Liste der von den Mitgliedern zu erhebenden Umlagen aufzustellen,
4. den Schriftwechsel zu führen und die gefassten Beschlüsse zu protokollieren, sofern von der Genossenschaftsversammlung keine andere schriftführende Person gewählt ist.

§ 15

Anteil an Nutzung und Lasten

- 1) Der Anteil der Mitglieder an den Nutzungen und Lasten richtet sich nach dem Verhältnis des Flächeninhalts ihrer bejagbaren Grundstücke im Jagdbezirk.
- 2) Die für die Jagdgenossenschaft des Stadtkreises Speyer notwendigen Verzeichnisse bzw. Listen sind zwei Wochen lang im Geschäftszimmer der Jagdvorsteherin oder des Jagdvorstehers für die Mitglieder auszulegen. Zeit und Ort der Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Werden innerhalb dieser Frist keine Einsprüche erhoben, gelten die Verzeichnisse bzw. Listen mit Ablauf der Frist als festgestellt. Auf Einsprüche werden die Verzeichnisse und Listen vom Jagdvorstand überprüft, von ihm erneut festgestellt und der Zeitpunkt der Feststellung ortsüblich bekannt gegeben. Wird die den Verzeichnissen und Listen zugrunde liegende Gesamtrechnung von den Einsprüchen nicht berührt, gelten sie nur gegenüber den Einsprucherhebenden als nicht festgestellt. Die Feststellung gegenüber den Einsprucherhebenden wird in einem besonderen Bescheid getroffen.
- 3) Jedes Mitglied kann gemäß den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Auszahlung seines Anteils am Reinertrag der Jagdnutzung verlangen. Der Anspruch auf Auszahlung erlischt, wenn er nicht binnen einen Monats nach der Bekanntmachung der Beschlussfassung der Genossenschaftsversammlung, der eine anteilmäßige Verteilung des Reinertrages nicht vorsieht, schriftlich oder mündlich zu Protokoll des Jagdvorstandes geltend gemacht wird. Wird der Beschluss der Genossenschaftsversammlung über die Verwendung des Reinertrages der Jagdnutzung nicht bekannt gemacht, kann der Anspruch bis einschließlich dem auf das Jagdjahr folgenden Monat geltend gemacht werden; die Geltendmachung eines Anspruchs im Voraus ist zulässig.

§ 16

Auszahlung und Verwendung des Reinertrages

- 1) Der Reinertrag aus der Jagdnutzung ist vom Jagdvorstand an die Jagdgenossinnen und die Jagdgenossen auszuzahlen, sofern sie dies nach den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen verlangt haben.
- 2) Entfällt auf eine Jagdgenossin oder einen Jagdgenossen ein geringerer Reinertrag als 15 Euro, wird die Auszahlung erst dann fällig, wenn der Betrag durch Zuwachs mindestens 15 Euro erreicht hat; unberührt hiervon bleiben die Fälle, in denen die Jagdgenossin oder der Jagdgenosse aus der Jagdgenossenschaft ausscheidet.
- 3) Reinerträge, die sich bei der Jagdnutzung ergeben, werden nach Abzug der nach § 15 Abs. 3 dieser Satzung geltend gemachten Anteile im Interesse der Land- und Forstwirtschaft innerhalb der Gemarkung Speyer verwendet.

§ 17
Umlageforderungen

- 1) Umlageforderungen an Jagdgenossinnen oder Jagdgenossen werden binnen eines Monats nach rechtswirksamer Feststellung der Umlageliste fällig.
- 2) Umlagen, deren Einzahlung nicht fristgerecht erfolgt, werden im Verwaltungszwangsverfahren begetrieben.

§ 18
Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis zum 31. März.

§ 19
Übertragung der Rechte und Pflichten der Jagdgenossenschaft auf die Stadtverwaltung Speyer

- 1) Die Aufgaben des Jagdvorstandes nach § 13 Abs. 2 Ziffern 1 bis 6, § 15 Abs. 2 und § 16 gegenwärtiger Satzung werden von der Stadtverwaltung Speyer -Steuerverwaltung- wahrgenommen.
- 2) Die Jagdgenossenschaft hat der Stadtverwaltung als Entschädigung für die Jagdverwaltung den jeweils im Haushaltsplan der Jagdgenossenschaft des Stadtkreises Speyer festgelegten Verwaltungskostenbeitrag für jedes Geschäftsjahr zu zahlen.

§ 20
Bekanntmachungen und Schlussbestimmungen

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen werden im Amtsblatt der Stadt Speyer veröffentlicht.

Vorstehende Satzung ist von der Genossenschaftsversammlung am 28.02.2012 , in Speyer beschlossen worden.

Sie tritt am 01.04.2012 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung der Jagdgenossenschaft des Stadtkreises Speyer vom 13.03.2001 außer Kraft.

Speyer, den 30.03.2012
Der Jagdvorstand

gez.

gez.

gez.

Hansjörg Eger
Jagdvorsteher

Wolfgang Sohn
1. Beisitzer

Karlheinz Zech
2. Beisitzer